



Deutscher Bundestag

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der
Kinder (Kinderkommission)

Wortprotokoll der 50. Sitzung

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Berlin, den 21. April 2021, 14:30 Uhr

Paul-Löbe-Haus

2.200

Vorsitz: Charlotte Schneidewind-Hartnagel, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

Tagesordnungspunkt 1 **Seite 7**

Verschiedenes

Tagesordnungspunkt 2 **Seite 7**

Öffentliches Expertengespräch zum Thema
"Kinderengagement für Klima und Umwelt"



Inhaltsverzeichnis

Anwesenheitslisten	Seite 3
Sprechregister	Seite 6
Wortprotokoll	Seite 7



19. Wahlperiode



Deutscher Bundestag

feier. off

Sitzung der Kinderkommission (13. Ausschuss)

Mittwoch, 21. April 2021, 14:30 Uhr

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
<u>CDU/CSU</u> Wiesmann, Bettina Margarethe	_____	<u>CDU/CSU</u> Launert Dr., Silke	_____
<u>SPD</u> Rüthrich, Susann		<u>SPD</u> Bahr, Ulrike	_____
<u>AfD</u> Huber, Johannes	_____	<u>AfD</u> Herder-Kühnel, Mariana Iris	_____
<u>FDP</u> Seestern-Pauly, Matthias	_____	<u>FDP</u> Föst, Daniel	_____
<u>DIE LINKE.</u> Müller (Potsdam), Norbert		<u>DIE LINKE.</u> Werner, Katrin	_____

15. April 2021

Anwesenheitsliste
Referat BL 4 - Zentrale Assistenzdienste, Tagungsbüro
Luisenstr. 32-34, Telefon: +49 30 227-32251, Fax: +49 30 227-36339
Es gelten die Datenschutzhinweise unter: <https://www.bundestag.de/datenschutz>.

Seite 1 von 2



Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und
Jugend

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder
(Kinderkommission)

Kila. JF

19. Wahlperiode

Sitzung der Kinderkommission (13. Ausschuss)
Mittwoch, 21. April 2021, 14:30 Uhr

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
<u>BÜ90/GR</u> Schneidewind-Hartnagel, Charlotte	<i>Schneidewind-Hartnagel</i>	<u>BÜ90/GR</u> Walter-Rosenheimer, Beate	

15. April 2021

Anwesenheitsliste

Seite 2 von 2

Referat BL 4 - Zentrale Assistenzdienste, Tagungsbüro
Luisenstr. 32-34, Telefon: +49 30 227-32251, Fax: +49 30 227-36399
Es gelten die Datenschutzhinweise unter: <https://www.bundestag.de/datenschutz>.



**Anwesenheitsliste der Sachverständigen
für das öffentliche Expertengespräch zum Thema
„Kinderengagement für Klima und Umwelt“
am Mittwoch, dem 21. April 2021, 15.00 Uhr**

Name	Unterschrift
Anna Herberholz (BUNDjugend NRW)	
Kawa Eibesh (BUNDjugend - Bundesvorstand)	
Martha Gärtner (UNICEF)	per Videokonferenz zugeschaltet
Susanne Hassel (UNICEF)	per Videokonferenz zugeschaltet
Celina Menk (Pfadfinderinnenschaft St. Georg, Diözesanverband Münster, Diözesanvorsitzende)	
Janett Schneider (Pfadfinderinnenschaft St. Georg, Diözesanverband Münster, Referat Nachhaltigkeit)	per Videokonferenz zugeschaltet



Sprechregister der Abgeordneten und Sachverständigen

Abgeordnete

Vors. Charlotte Schneidewind-Hartnagel	7, 9, 10, 11, 13, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25
Abg. Susann Rührich	15, 17, 20, 22, 24, 25
Abg. Norbert Müller	23, 24

Sachverständige

Kawa Eibesh	13, 14, 15, 19, 21, 23
Martha Gärtner	7, 16, 18, 21
Susanne Hassel	9, 16
Anna Herberholz	13, 14, 18, 21, 22
Celina Menk	10, 11, 12, 13, 17, 20, 22
Janett Schneider	10, 11, 13, 17, 21



Tagesordnungspunkt 1

Verschiedenes

Siehe hierzu das separat gefertigte Kurzprotokoll.

Tagesordnungspunkt 2

Öffentliches Expertengespräch zum Thema „Kinderengagement für Klima und Umwelt“

Vorsitzende: Guten Tag, ich begrüße Sie ganz herzlich zur heutigen Anhörung der Kinderkommission des Deutschen Bundestages, die auch im Parlamentsfernsehen übertragen wird. Außerdem wird ein Wortprotokoll erstellt, das veröffentlicht wird.

Die Kinderkommission ist ein Unterausschuss im Deutschen Bundestag, wir haben den Auftrag, uns mit den Belangen von Kindern und Jugendlichen zu befassen. Dazu führen wir Anhörungen jeweils zu einem bestimmten Themenkomplex mit unterschiedlichen Expertinnen und Experten durch. Uns geht es dabei um grundsätzliche Themen und Fragen, die langfristige Bedeutung für die Wahrnehmung der Belange der Kinder haben. Wir beschäftigen uns als Kinderkommission unter meinem Vorsitz in diesen Wochen mit dem Thema „Kinder und Umwelt“. Es soll u. a. darum gehen, was Kinder und Jugendliche über den Klimawandel lernen, wie junge Menschen an Meinungsbildungsprozessen in diesem Zusammenhang beteiligt werden und welche Bedeutung eine intakte und gesunde Umwelt im Sinne der Kinderrechte hat.

Am 22. April, also morgen, wird der sogenannte World Earth Day begangen. Das ist ein Aktionstag, der seit 1990 in vielen Ländern genutzt wird, um auf unseren Umgang mit der Umwelt und unsere Ressourcen hinzuweisen und das eigene Verhalten zu hinterfragen. Vor diesem Hintergrund geht es in unserer heutigen Anhörung um das Engagement von jungen Menschen für Klima und Umwelt. Dazu darf ich ganz herzlich als unsere jungen Expertinnen und Experten hier im Bundestag begrüßen Frau Anna

Herberholz und Herrn Kawa Eibesh, die hier im Raum anwesend sind. Per Video zugeschaltet sind uns Frau Martha Gärtner und Frau Susanne Hassel von UNICEF. Ich hoffe, Sie können uns sehen und hören? Außerdem begrüße ich Frau Celina Menk hier im Saal sowie per Video zugeschaltet Frau Janett Schneider. Beide sind von der Pfadfinderinnenschaft St. Georg aus Münster.

Ich freue mich, dass Sie heute für uns zur Verfügung stehen. Wir haben maximal bis 16.30 Uhr Zeit für diese Anhörung. Sie haben zunächst Gelegenheit zu einem kurzen Eingangsstatement, ungefähr 10 Minuten lang. Und da immer zwei von Ihnen aus einer Perspektive sprechen, würde ich sagen, dass jedes Zweierteam eventuell etwas mehr als 10 Minuten für den Vortrag bekommt. Und ich würde Ihnen ein Signal geben mit dieser Glocke, wenn Sie zum Ende kommen müssen. Ich muss noch sagen, hier im Raum anwesend, präsent ist mein Kollege Norbert Müller von den LINKEN, meine Kollegin Susann Rührich von der SPD und zugeschaltet ist im Moment noch niemand. Ich habe aber gerade gesehen, dass eine meiner Kollegin, Frau Wiesmann von der CDU gerade Wahlurnendienst macht und Herr Huber von der AfD sich bereits heute Vormittag entschuldigt hatte, dass er im Plenarsaal gebraucht wird. So, dann finde ich, wir beginnen mit Frau Gärtner und Frau Hassel, die uns per Video zugeschaltet sind. Wer von Ihnen beiden möchte beginnen?

Martha Gärtner (UNICEF): Ich werde beginnen. Sehr geehrte Vorsitzende, sehr geehrte Abgeordnete der Kinderkommission, herzlichen Dank für die Einladung sowie die Möglichkeit, heute hier zu sprechen. Ich möchte heute einige Beispiele beleuchten, welche Formen das Engagement junger Menschen annehmen kann. Außerdem werde ich auf unsere Motivation zu sprechen kommen und aufzeigen, was Kinder und Jugendliche brauchen, um sich engagieren zu können. Es wird also darum gehen, wie und warum wir uns engagieren wollen und unter welchen Bedingungen wir dies auch weiterhin und verstärkt tun können. Dazu werde ich am Ende an Susanne Hassel übergeben.



Wir engagieren uns für unser aller Zukunft, sozusagen für eine bessere Welt. Genau das ist jedoch der Punkt. Unser Engagement darf nicht als die romantische Vorstellung von idealistischen Jugendlichen, die die Welt retten wollen, abgetan werden. Unser Engagement darf nicht belächelt werden, es muss ernstgenommen werden, denn es geht um ein ernstes Thema. Dass Kinder und Jugendliche sich mit so viel Nachdruck und Vehemenz für den Planeten einsetzen, ist nicht selbstverständlich, denn auch wir könnten unseren eigenen Komfort vorziehen, aber stattdessen schauen wir auf die Umwelt. Das erste Beispiel, was Ihnen allen bekannt ist, sind die Fridays for Future-Demonstrationen. Doch unser Engagement ist noch vielfältiger. Seit 2018 setze ich mich mit anderen Jugendlichen im UNICEF-Juniorteam Dresden für Kinderrechte ein. Unser Team ist eines von ca. 50 ehrenamtlichen Juniorteams in ganz Deutschland, die Kinderrechtsthemen ins Zentrum ihrer Arbeit stellen. Doch Kinderrechte stehen nicht isoliert für sich allein, sondern haben Berührungspunkte mit vielen anderen Themengebieten, z. B. mit dem Thema „Klima und Umwelt“. Denn die Auswirkungen des Klimawandels gefährden zentrale Rechte von Kindern, wie das Recht auf Leben oder das Recht auf angemessene Lebensumstände. Durch Folgen der Klimaveränderungen wie Dürrekatastrophen werden auch weitere Rechte wie das auf Gesundheit gefährdet. Diese Zusammenhänge zwischen dem Klimawandel und Kinderrechten erscheinen uns essentiell, so dass wir sie auch in die Klimadebatte mit einfließen lassen möchten.

Daher habe ich von zwei weiteren Engagierten aus unserem Team bei einer der ersten Fridays for Future-Demonstrationen in Dresden eine Rede gehalten. In dieser Rede haben wir betont, dass das Leben von Millionen Kindern durch die Auswirkungen des Klimawandels schon unmittelbar bedroht ist, selbst wenn wir diese hier in Deutschland erst indirekt spüren. Das bedeutet aber nicht, dass wir nicht handeln müssten. Im Gegenteil, es ist wichtig, dass auch wir hier aktiv werden, was den Klimaschutz betrifft, und dass wir laut sind. Und nicht nur für uns selbst, sondern auch für alle anderen Kinder dieser Welt, die ihre Stimme nicht selbst erheben können. Laut sein kann man allerdings nur gemeinsam. Deshalb

vernetzen wir uns mit anderen Engagierten. Das Ziel unseres Engagements ist es, zu informieren und Aufklärung zu betreiben, und zwar kreativ.

Das kann folgendermaßen aussehen: Eine unserer Aktionen zum Thema Kinder und Klima fand im Dresdner Zoo zum Tag der Entdecker statt, bei dem die Zoobesucher und -besucherinnen die Möglichkeit hatten, sich an Aktionsständen über verschiedene Themen zu informieren. Unser Ansatz war dabei spielerisch in Form eines selbsterdachten Memorys. Bei diesen mussten nicht zwei identische Bildchen einander zu sortiert werden, sondern die Kinder mussten eine Abfolge von drei Bildern zuordnen. Dabei zeigte die erste Karte eine Umweltkatastrophe, die durch den Klimawandel verstärkt auftritt, z. B. eine Überschwemmung. Die zweite Karte zeigte dann deren Konsequenzen, also z. B. die schnellere Verbreitung von Krankheiten. Und auf der dritten Karte war das betroffene Kinderrecht, um beim Beispiel zu bleiben, das Recht auf Gesundheit abgebildet. Durch das Zuordnen der Karten haben die Kinder selbst diese Zusammenhänge hergestellt. Neben der Freude am gemeinsamen Nachdenken, hatte unsere Aktion also auch ein Bildungsziel. Zurzeit während der Corona-Pandemie findet unser Engagement vor allem digital statt. Dafür sind wir auf Instagram aktiv, wo wir neben inhaltlichen Informationen auch Handlungsanreize unter dem Hashtag „actonclimate“ posten. Damit liefern wir Beispiele, was jede und jeder von uns selbst zum Umweltschutz beitragen kann.

Kinder- und Jugendengagement steckt also voll kreativer Ideen, die umgesetzt werden wollen, denn viele junge Menschen sind sich sehr stark bewusst, welche Auswirkungen ihr Konsum und ihre Handlungen auf Klima und Umwelt haben. Das impliziert ein ausgeprägtes Verantwortungsbewusstsein, sowohl auf der Ebene des persönlichen Konsums als auch in Bezug auf gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Handlungsfelder. Deshalb engagieren wir uns mit konkreten Zielen und Forderungen. Und das muss anerkannt werden. Damit wir uns ernstgenommen fühlen, muss uns in erster Linie zugehört werden, und zwar zugehört werden in dem Sinne, als das unsere



Ansichten, Sorgen, aber auch Lösungsvorschläge in politische Diskussionen aufgenommen werden. Dass unsere Forderungen nicht nur gehört, sondern bei Entscheidungen angemessen berücksichtigt werden, dass ist es, was wir sehen wollen. Damit unser Engagement auf diese Weise wirksam werden kann, müssen zudem einige Rahmenbedingungen geschaffen werden. Das fängt damit an, dass die Einrichtungen, bei denen sich Kinder und Jugendliche engagieren können, bekannt gemacht und unterstützt werden. Zu dieser Unterstützung zählt beispielsweise auch ganz praktisch, dass es Räume und Orte gibt, an denen unser Engagement stattfinden kann. Ein weiterer Punkt ist die Beteiligung an Entscheidungen. Kinder und Jugendliche haben das Recht, an Entscheidungen, die sie selbst betreffen, teilzuhaben. Der Klimawandel als Thema betrifft uns direkt, also müssten hier Partizipationsmöglichkeiten geschaffen und gestärkt werden. Darüber hinaus verstehe ich darunter, dass wir öffentlich zu Wort kommen. Gerade hier kann uns die Politik weiterhelfen.

Sie, verehrte Damen und Herren, können uns eine Bühne bieten, auf der wir sprechen können – eine große Bühne. Sie können uns auch in Zukunft Gehör verschaffen, denn Sie kennen nun zahlreiche Beispiele, wie wir uns engagieren. Verbreiten Sie diese und machen Sie auf unser Anliegen aufmerksam. Auf diese Weise können Sie Kinder- und Jugendengagement wertschätzen und würdigen. Denn mit all diesen Forderungen stehe ich keineswegs allein da. Sie werden von Jugendlichen auf der ganzen Welt geteilt. Um diesen Blickwinkel zu ergänzen, übergebe ich jetzt an Susanne Hassel.

Vorsitzende: Vielen herzlichen Dank, Frau Gärtner.

Susanne Hassel (UNICEF): Vielen Dank, liebe Martha, und auch von mir vielen herzlichen Dank für die Einladung, liebe Frau Schneidewind-Hartnagel und sehr geehrte Abgeordnete der Kinderkommission. Meine Vorrednerin, Martha Gärtner, hat es bereits eindrücklich geschildert und heute werden wir sicherlich noch weitere Redebeiträge genau darüber hören. Das

Engagement von Kindern und Jugendlichen ist ein essentieller Bestandteil einer zukunftsorientierten Klima- und Umweltpolitik. Und wie Martha gerade sagte, es ist Zeit zu handeln, und zahlreiche Kinder und Jugendliche tun dies bereits. Dieses Engagement aktiv einzubeziehen, ist also eine enorme Chance, ist aber auch eine Verantwortung aller Akteure. Und da beziehe ich uns als UNICEF als Organisation ein und natürlich auch Sie als politische Entscheidungsträger, und wir müssen das ganz aktiv fördern. Deshalb danke ich Ihnen sehr für die Gelegenheit, an dieser Stelle auch noch kurz aus meiner Perspektive, aus der UNICEF-Perspektive, Marthas Beitrag zu ergänzen, auch wenn ich selbst nicht mehr ganz so jung bin.

Wir denken, wenn wir dieser Verantwortung wirklich nachkommen und eben auch die Fähigkeiten von Kindern und Jugendlichen aktiv fördern, zuhören und auf dieser Basis Handlungsoptionen gemeinsam gestalten, kann nachhaltige Veränderung wirklich gelingen. Wir setzen uns daher mit zahlreichen Partnern sowohl in Deutschland als auch weltweit dafür ein, dass genau diese Räume für das Engagement von Kindern und Jugendlichen geschaffen werden und wir Maßnahmen gemeinsam gestalten. In diesem Kontext möchte ich an dieser Stelle aber nur ganz kurz auf einen Punkt eingehen, den Martha gerade zuletzt betont hat und wofür wir auch sicherlich heute noch mehr spannende Beispiele hören werden. Mit dem Engagement gegen Klimawandel und für eine saubere Umwelt sind junge Menschen in Deutschland nicht allein. Ein sehr gutes Beispiel hierfür ist die Declaration on Children, Youth and Climate Action, die Sie bereits in Ihrer letzten Sitzung kurz angesprochen haben und die wir aus der Perspektive des heutigen Themas, das Engagement von Kindern und Jugendlichen selbst gern nochmal ganz kurz aufgreifen möchten. Denn diese Erklärung zeigt vor allem sehr gut, dass die genannten Anliegen und auch die Forderungen, wie wir sie gerade gehört haben, nach einem ganz konkreten Handlungsrahmen von jungen Menschen weltweit geteilt wird und auch aktiv vorangetrieben wird.

Die genannte Erklärung wurde bereits im September 2019 während der 25. Klimakonferenz



verabschiedet, der COP 25 in Madrid damals, unterstützt durch die spanische Regierung und von jungen Aktivistinnen selbst. Und das ist auch das besondere, dass diese Erklärung im Vergleich zu anderen Abkommen wirklich auf den Forderungen, den Inputs und den Prioritäten von Kindern und Jugendlichen selbst basiert und somit genau die Frage beantwortet, wie ein globaler Rahmen geschaffen werden kann, um Engagement und Beteiligung von Kindern und Jugendlichen festzuschreiben und auf dieser Basis wirklich gemeinsam Veränderungen zu bewirken. Zur Erklärung selbst teilen wir gerne auch noch weitere Details, aber nur um ein paar Elemente ganz kurz zu nennen. Es sind insgesamt sieben Kernforderungen. Und hier befindet sich z. B. auch die Forderung nach globaler Anerkennung, Umsetzung des Rechts von Kindern auf eine gesunde Umwelt, wie Sie das ja auch besprochen hatten in der Kommission, was würde Beteiligungsrechte aktiv fördern und in einem nächsten Schritt natürlich dann national stärken?

Zudem fordern Kinder und Jugendliche mit dieser Erklärung selbst, dass globale Abkommen wie das UN-Rahmenabkommen bei Klimaveränderung, das Paris-Abkommen mit einem ganz spezifischen Fokus auf Kinder und Jugendliche umgesetzt werden und hierbei eben nicht nur die Schutzbedürftigkeit von Kindern in den Vordergrund stellen, sondern auch ihre Rolle und das Engagement selbst als aktive Akteure und Umsetzer dieser Abkommen in den Ländern gestärkt werden. Ein weiterer sehr spannender Aspekt der Erklärung, der auch die Frage beantwortet, wie Engagement aktiv gefördert werden sollte und kann, sind ganz konkrete Maßnahmen der Information- und Wissensvermittlung, also die Stärkung von Fähigkeiten, um Kindern und Jugendlichen die Möglichkeiten beispielsweise schon in der Schule für aktive Beteiligung zu geben. Und natürlich beinhaltet die Erklärung auch die Forderung nach der Schaffung von konkreten Beteiligungsmöglichkeiten lokal, national und auch in globalen Prozessen der Klima- und Umweltpolitik. Damit ersetzt diese Erklärung natürlich nicht konkrete Maßnahmen und einen wirkungsvollen nationalen politischen Rahmen für Engagement. Aber sie ist definitiv eine wichtige Absichtserklärung und somit ein

zentraler erster Schritt, den junge Menschen selbst einfordern und den wir deshalb als UNICEF auch gemeinsam mit Jugendlichen weltweit zahlreichen Partnerorganisationen und auch Regierungen, die die Erklärung schon unterzeichnet haben, aktiv fördern. Und wir hoffen natürlich auch, dass spätestens bis zur diesjährigen Klimakonferenz auch Deutschland zu den Unterstützern gehört, diesen wichtigen Schritt geht, um die Stimme von jungen Menschen wirklich zu hören und Engagement auch aktiv zu fördern. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Vorsitzende: Vielen Dank, Frau Hassel. Wir geben jetzt das Wort an die Pfadfinderinnen, und ich würde es Ihnen überlassen, Frau Menk ist hier im Saal und Frau Schneider ist uns per Video zugeschaltet. Ich weiß jetzt nicht, wie Sie sich abgesprochen haben, wer von Ihnen beiden beginnen möchte.

Janett Schneider (Pfadfinderinnenschaft St. Georg, Diözesanverband Münster, Referat Nachhaltigkeit): Ich hoffe, Sie hören mich schon und sehen mich vielleicht auch, dann würde ich beginnen. Auch wir möchten uns selbstverständlich als allererstes bei Ihnen sehr herzlich bedanken für die Einladung und die Möglichkeit, dass wir heute hier unseren Verband vorstellen dürfen und unsere neuesten Projekte zum Thema ökofaire Nachhaltigkeit. Ich bin Janett Schneider, ich war bis zum letzten Sommer Diözesanvorsitzende der PSG. Acht Jahre lang habe ich dieses Amt ehrenamtlich ausgeführt und bin seitdem Mitglied des neugegründeten Referats Nachhaltigkeit. Bei Ihnen vor Ort sitzt Celina Menk, der ich jetzt als nächstes das Wort übergebe.

Celina Menk (Pfadfinderinnenschaft St. Georg, Diözesanverband Münster, Diözesanvorsitzende): Hallo, ich bin Celina Menk, ich habe den Job von Frau Schneider übernommen, bin jetzt auch ehrenamtliche Diözesanvorsitzende bei der PSG Münster und bedanke mich auch herzlich, eingeladen worden zu sein. Wir dachten, als erstes stellen wir euch einmal kurz überhaupt vor, was wir so tun und machen. Dafür habe ich eine



kleine Präsentation mitgebracht. Wenn das jetzt funktioniert...

Vorsitzende: Aber Frau Menk, das würde ja auch so gehen, also wir können das ja auch so gut sehen.

Celina Menk (Pfadfinderinnenschaft St. Georg, Diözesanverband Münster, Diözesanvorsitzende): Wir sind die Pfadfinderinnenschaft St. Georg. Wir sind Pfadfinderinnen, wir sind Mädchen und Frauen und wir sind katholisch. Unsere Gründung war 1949. Die PSG Münster wurde vor ungefähr 72 Jahren gegründet, wir hatten vor zwei Jahren ein sehr großes Jubiläum. Wir sind bundesweit der einzige eigenständige Mädchen- und Frauenverband und haben so rund 9.000 bis 10.000 Mitglieder in 14 Diözesanverbänden. Münster ist einer davon und wir sind auch Teil des BDJ, also Bund Deutscher Katholischer Jugend. Unsere Grundsätze sind vor allem die Kindermitbestimmung, Wertevermittlung, das Christlichsein, die Vielfalt, die Natur, Frieden und Gerechtigkeit, das Internationale und wie man sieht ja auch das Politische. Genau, jetzt hätte ich ein schönes Foto von unserer Diözesanleitung gehabt, aber das ist nicht schlimm. Wir haben auch einige Verbandshäuser. Die PSG Münster hat ein Verbandshaus, das heißt die Baustelle in Dülmen, und das hat auch sehr viel mit unserem ökologischen Standpunkt zu tun. Dann würde ich weiter an Frau Schneider geben, die erzählt uns mehr über unser ökofaires Projekt im Jugendverband.

Janett Schneider (Pfadfinderinnenschaft St. Georg, Diözesanverband Münster, Referat Nachhaltigkeit): Heute steht die Technik nicht auf unserer Seite, aber ich denke, das ist kein Problem. Wir wurden zum ersten ökofairen Jugendverband zertifiziert und ich möchte Ihnen einmal vorstellen, wie dieses Projekt denn überhaupt zustande kam. Und zwar ist es so, dass es uns, also die Pfadfinderinnenbewegung schon seit über 100 Jahren gibt. Und in dem Sinne ist es unserem Verband in die Wiege gelegt worden, dass wir uns selbstverständlich sehr viel in der Natur aufhalten, dass wir uns ohnehin immer um den Naturschutz bemühen und es ein

grundlegendes Thema in unserem Verband ist.

Dennoch ist es so, dass wir uns immer wieder das Thema auch zum Schwerpunktthema machen. Kindermitbestimmung zählt in unserem Verband sehr sehr viel, weshalb wir auch immer wieder unsere Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen befragen, mit welchem Thema sie sich in den nächsten Jahren gezielt beschäftigen möchten. So war es, dass 2016 die Mitglieder entschieden haben, sie möchten sich näher und gezielter mit dem Thema Natur beschäftigen, und daraufhin entstand ein Jahr später das Thema „PSG natürlich“. Und wir haben eine Briefaktion ins Leben geführt, die auch ungefähr ein Jahr lang lief, die verschiedene Oberthemen hatte, mit denen sich die Kinder beschäftigen konnten, nämlich um die Themen Outdoorküche, Lernwerkstatt und Kreativwerkstatt. Zu diesen Oberbegriffen gab es jeweils Aktionsideen und die Kinder konnten dann in ihren Gruppenstunden vor Ort diese Aktion ausführen, konnten sie dokumentieren und die Dokumentationen zukommen lassen. Und wiederum ein Jahr später gab es dann eine große Feier und es gab auch Preise zu gewinnen. Und, ja, 2018 kam es dann dazu, dass wir lieber auch noch weiter in die Öffentlichkeit gehen wollten, dass wir schauen wollten, wie können wir denn unsere Belange gut in die Politik tragen, wie können wir da vielleicht noch kleine Steine ins Rollen bringen und uns gut positionieren.

Wir haben dann von dem Projekt „Zukunft einkaufen, Glaubwürdig wirtschaften“ im Bistum Münster gehört und haben festgestellt, dass bislang nur Pfarrgemeinden an diesem Projekt teilnehmen. Und somit kam uns die Idee, das wäre doch ein Projekt, wo wir nochmal sehr öffentlichkeitswirksam teilnehmen können, wo wir Unterstützung bekommen von Fachleuten, wo wir ein bisschen Struktur erfahren, wie können wir denn da gezielter vorgehen. Und wir dachten, dieses Projekt wird uns sicher nochmal ein Stückchen weiterbringen. Wir haben dann zu unserem Glück auch die Genehmigung des Bistums bekommen, an diesem Projekt teilzunehmen und sind somit 2018 damit durchgestartet. Wir haben im Zuge dessen gemeinsam mit unserer Jugendbildungsstätte ein



Positionspapier erarbeitet und veröffentlicht. Wir haben Selbstverpflichtungserklärungen verfasst. Wir haben insgesamt 16 Kriterien aufgestellt, also gemeinsam für Verband und Haus entschieden, wie möchten wir gemeinsam sowohl auf Diözesanebene als auch in unserer Jugendbildungsstätte ökofair nachhaltig handeln und tätig werden, worauf möchten wir uns festlegen? Wir haben eine Fotoaktion gestartet. Wir haben politische Statements verfasst. Wir haben eine Befragung mit den Kindern durchgeführt und sie gefragt, was wünscht ihr euch denn eigentlich von der Politik? Was wäre, wenn ihr jetzt die EntscheidungsträgerInnen wärt, wofür möchtet ihr euch einsetzen, was möchtet ihr verändern? Wir haben verschiedenste Pflanzaktionen durchgeführt, eine konsumkritische Stadtführung erlebt und an verschiedensten Fortbildungen teilgenommen, um uns da einfach auch nochmal besser aufzustellen, nochmal vielmehr Input zu bekommen und Wissen, auf das wir dann weiter aufbauen konnten.

2019, wie es Celina gerade schon nannte, haben wir unser 70-jähriges Jubiläum gefeiert. Es war ein sehr großes Zeltlager und dieses Zeltlager war wirklich vollkommen ganzheitlich nachhaltig aufgestellt. Eigentlich würde an dieser Stelle in der Powerpoint ein Logo aus unseren sanitären Anlagen zu sehen sein, denn selbst unser Klowagen war ökofair geprüft, und das war ziemlich lustig, dass wirklich alles bis ins letzte Detail ökofair nachhaltig durchgeführt wurde. Wir sind da auch heute noch stolz drauf, dass es gut funktioniert hat, und ja, sie sehen das eigentlich als Startschuss dahingehend, das auch in den nächsten Jahren so weiterzuführen.

Auf diesem Jubiläum wurden wir dann schlussendlich auch zum ersten ökofairen Jugendverband im Bistum Münster zertifiziert. Zur Zertifizierung kam Weihbischof Dr. Zehkorn und Herr Kamp-Deister, Projektleiter im Bistum Münster. Und wir durften dann feierlich die Zertifizierung entgegennehmen gemeinsam mit unserer Jugendbildungsstätte und freuen uns seitdem, anerkannt zu sein in diesem Bereich.

2020 haben wir dann auf unserer Diözesanversammlung das Referat Nachhaltigkeit gegründet und an der Zertifizierung zu Level 2 des Projektes gearbeitet, wofür wir ein umfangreiches Umweltmanagementsystem erarbeitet haben. Nun hoffen wir auf ein erfolgreiches Audit bereits nächste Woche. Wir sind schon ein wenig aufgeregt, obwohl unser erarbeitetes Umweltmanagementsystem aus wirklich vielen Seiten besteht und was uns sehr viel Zeit und Kraft und Nerven gekostet hat, denn wir stellen natürlich immer wieder fest, ökofair zu sein, ist manchmal auch hart. Und wir freuen uns wirklich, dass es nächste Woche soweit ist und das Audit vor der Tür steht und hoffen, dass unser Umweltmanagementsystem dann abgesegnet wird.

Desweiteren haben wir trotz der Einschränkungen durch Corona einen reichhaltigen Naschgarten an unserer Jugendbildungsstätte angelegt. Einige Kinder und Jugendliche durften uns dabei begleiten, durften ihre Ideen mit einbringen, haben tatkräftig mit angepackt, tiefe Löcher gegraben, damit wir Rhizomsperren einbauen können, und waren da wirklich sehr tatkräftig dabei. Und leider durch Corona konnte bislang noch nicht viel stattfinden und wir hoffen, dass unsere Jugendbildungsstätte bald wieder Gäste empfangen kann, die dann von dem Naschgarten auch profitieren. Als weiteres Projekt steht nun „Ökofaire Stämme“ an. Und das bedeutet, wir schauen, wie können wir die Kinder in unseren Stämmen noch weiter in den Bereichen stärken und unterstützen und wie können wir unsere Stämme ökofair zertifizieren? Soviel zu unseren Projekten in den letzten Jahren. Und ich gebe das Wort wieder an Celina.

Celina Menk (Pfadfinderinnenschaft St. Georg, Diözesanverband Münster, Diözesanvorsitzende): Eigentlich kommen wir noch zu unseren Forderungen. Wir fordern für unsere Kinder und Jugendlichen die Anpassung des Lehrplans hin zu erlebbarer Naturpädagogik. Denn nur wer die Natur kennt, weiß sie zu lieben und zu schützen. Eine Frage an die Bundestagsabgeordneten wäre dann, inwieweit beschäftigen Sie sich oder beschäftigen sich die Kultusminister momentan mit der praxisnahen Umgestaltung des Lehrplans hin zu erlebbarer Pädagogik und ähnlichem? Dann



gebe ich einmal noch zurück an Frau Schneider.

Janett Schneider (Pfadfinderinnenschaft St. Georg, Diözesanverband Münster, Referat Nachhaltigkeit): Durch ein Masse vor Klasse-Prinzip wird die Produktion von Lebensmitteln sowohl preislich als auch menschlich nicht genug wertgeschätzt. Durch die andauernde Überproduktion werden ein Drittel der deutschen Lebensmittel weggeworfen, noch bevor sie überhaupt im Handel landen. Im Gespräch mit unseren Mitgliedern und auch anderen Verbänden des BDKJ wie beispielsweise mit der KJB erfahren wir immer wieder hautnah von den großen Sorgen der Landwirtschaftsbetriebe. Wie kann also ökofaire Nachhaltigkeit, die unfassbar wichtig ist, und Wirtschaftswachstum in Einklang gebracht werden? Was wird gerade unternommen, um die Betroffenen zu unterstützen, um den Teufelskreis zu unterbrechen? Ökofair sein, sehen sie nicht als Entscheidung, sondern als Pflicht.

Vorsitzende: Frau Schneider, es tut mir schrecklich leid, aber ich muss jetzt mal die Glocke klingeln, d. h. jetzt nicht, dass Sie nichts mehr sagen dürfen, aber Sie müssten dann demnächst zum Schluss kommen. Sie haben ja dann auch in der Fragerunde noch Zeit, Informationen an uns weiterzugeben.

Celina Menk (Pfadfinderinnenschaft St. Georg, Diözesanverband Münster, Diözesanvorsitzende): Genau, also ich mache es ganz kurz. Ökofair sein, sehen wir nicht als Entscheidung, sondern als Pflicht, nicht als Geld- oder Bildungsfrage, sondern als Selbstverständlichkeit. Wir fordern die Subvention von umweltfreundlichen Allgemeinwohl und dass die Erde endlich vor den Profit gestellt wird. Die Zukunft liegt in den Händen der Kinder. Wir fordern Mitspracherecht und Kindermitbestimmung in allen Zukunftsfragen und wollten fragen, wie die bei Ihnen aussieht? Wir wollen die Welt besser verlassen als wie sie vorgefunden haben. Das sagte auch schon unser Gründer Ben Paul. Wir wollen eigentlich nicht mehr und nicht weniger, doch wenn die Welt, die unsere Kinder und Kindeskindern vorfinden werden, schon am Ende ist, ist es an uns, nicht heute, nicht morgen,

sondern gestern zu handeln, und wir stehen allzeit bereit. Tut ihr das auch?

Vorsitzende: Vielen herzlichen Dank an Sie beide. Und ich gebe das Wort jetzt an Frau Herberholz und Herrn Eibesh, Sie haben sehr wahrscheinlich schon untereinander ausgemacht, wer von Ihnen beiden beginnt.

Anna Herberholz (BUNDjugend NRW): Liebe Vorsitzende, liebe Abgeordnete, vielen Dank für die Einladung. Wir sind Vertreter der BUNDjugend und die BUNDjugend ist ein unabhängiger Jugendverband des BUND. Wir engagieren uns für den Umweltschutz und die globale Gerechtigkeit, denn es geht um unsere Zukunft, und die nehmen wir uns selbst in die Hand. Ich heiße Anna Herberholz und ich bin 16 Jahre alt. Seit über einem Jahr bin ich aktiv in der BUNDjugend. Die BUNDjugend habe ich durch das Perspective Training kennengelernt. Das Perspective Training behandelt Themen wie Klimagerechtigkeit und Diskriminierung. Das Projekt ist ein Training in politischer Bildung mit einem abschließenden Workshop-Festival. Und danach habe ich mich spontan in den Vorstand in NRW beworben. Und seit einem halben Jahr bin ich jetzt im Vorstand und engagiere mich noch in anderen Projekten.

Kawa Eibesh (BUNDjugend - Bundesvorstand): Ja, liebe Vorsitzende, liebe Abgeordnete, auch von mir vielen Dank für die Einladung. Mein Name ist Kawa Eibesh, ich bin 23 Jahre alt und engagiere mich bei der BUNDjugend im Bundesvorstand. Die BUNDjugend habe ich 2017 kennengelernt durch die Multischulung Flucht. Dort wurden junge Menschen mit und ohne Fluchtgeschichte als MultiplikatorInnen ausgebildet, um dann später freie Workshops und Projektstage in Schulen zu den Themen Migration, Flucht, Umwelt und Antirassismus durchzuführen.

Wir möchten in unserem Statement auf Themen eingehen, die jungen Menschen und besonders Kinder in Deutschland und auch in der Welt heute und in Zukunft betreffen. Während wir heute mitten in der gefährlichen Covid 19-Pandemie leben und unser Gesundheitssystem



wegen u. a. Personalmangel belastet ist, und während die Klimakrise immer stärker voranschreitet und ihre Auswirkungen auf die Natur und Menschen zeigen und sich verschärfen, startet das Bundesverteidigungsministerium den sogenannten freiwilligen Wehrdienst im Heimatschutz. Und es droht durch die große Kampagnen, Werbekampagnen und deutlich hohen Vergütungen ein Konkurrenzverhältnis zu den bestehenden zivilen Freiwilligendiensten wie das freiwillige ökologische Jahr oder das freiwillige soziale Jahr und den Bundesfreiwilligendienst. Die sehen wir als BUNDjugend kritisch und fordern bessere Bedingungen und Vergütungen für die zivilen Freiwilligendienste. Und gerade in der Krisenzeit sollten die Solidarität, der Respekt und das Umweltbewusstsein in der Zivilgesellschaft gestärkt werden, denn nicht die Militarisierung der Jugend und die unfairen Konkurrenzverhältnisse werden uns den sozialen Frieden sichern, sondern eine kritische und solidarische, starke Zivilgesellschaft.

Anna Herberholz (BUNDjugend NRW): Eine weitere Forderung von uns ist die Senkung des Wahlalters. Wir Jugendlichen sind direkt betroffen von der Klimakrise und fühlen uns bedroht. Anlässlich des Klimagipfels der Vereinten Nationen im September 2019 waren 1,4 Millionen Menschen in Deutschland demonstrieren, weil wir das Gefühl haben, die Politik sorgt sich nicht über die Klimakrise und ignoriert sie komplett. Meine Generation widmet den Konsequenzen in der Zukunft kämpfen, wenn wir jetzt keine Vorkehrungen treffen. Deswegen wollen wir unser demokratisches Recht wahrnehmen und die Politik, Zukunft und Gesetz schon mitzugestalten. Wir als Jugend fühlen uns frustriert und hilflos, weil unsere Stimmen nicht gehört werden. Durch die Senkung des Wahlalters bekommen wir das Gefühl, dass unsere Rechte und Bedürfnisse gesehen und berücksichtigt werden. Also fordern wird, dass junge Menschen das Recht auf die politische und soziale Teilhabe in der demokratischen offenen Gesellschaft haben. Das Wahlalter sollte noch vor der Bundestagswahl auf 16 Jahre gesenkt werden und perspektivisch auf 14 Jahre. Die BUNDjugend sieht keinen Grund, länger zu warten.

Kawa Eibesh (BUNDjugend - Bundesvorstand): Ferner fordern wir die Verpflichtung der deutschen Unternehmen, die Menschenrechtsbedingungen im globalen Süden einzuhalten. Auf der Erde leben wir in einer globalisierten und vernetzten Welt. Wir wissen, dass durch unseren Konsum und unsere Lebensweise im globalen Norden Menschen und vor allem Kinder systematisch durch die wirtschaftlichen Ausbeutungsverhältnisse zum Arbeiten gezwungen werden und ihre Menschen- und Kinderrechte nicht wahrnehmen können, natürlich insbesondere im globalen Süden. Unser Konsum im globalen Norden hat diesen Einfluss auf die Kinder dort und auf die Menschen. Deutschland – aufgrund seiner historischen Verantwortung – und die EU sind eine Wertegemeinschaft der Menschenrechte, sie sollten die Unternehmen verpflichten, diese Rechte einzuhalten und durch ein starkes Lieferkettengesetz die Instrumente der Reststaatlichkeit sicherzustellen.

Anna Herberholz (BUNDjugend NRW): Dazu fordern wir ein, dass soziale Aspekte bei der Erstellung von Klimaschutzmaßnahmen berücksichtigt werden. Der Klimaschutz muss auch die soziale Gerechtigkeit umfassen, weil Menschen, die von Diskriminierung betroffen sind, eher unter den Folgen des Klimawandels leiden.

Ich bin Aktivistin und setze mich für den Umweltschutz ein. Aber es ist so schwer, Plastik zu vermeiden und meistens auch viel teurer. Meine Familie kann sich auch nicht immer Bioprodukte leisten. Und wahrscheinlich bin ich mit diesem Problem nicht allein. Statt das Individuum die Verantwortung allein tragen zu lassen, sollten Unternehmen die Verantwortung tragen und Plastik reduzieren. Deshalb muss die Politik die Rahmenbedingungen setzen. Klimaschutz darf die soziale Ungleichheit nicht verschärfen, sondern muss sie lockern.

Wir sind besorgt, weil die Politik bis jetzt nicht zulässt, dass wir mit dem Recht der politischen und sozialen Teilhabe unsere Gesellschaft verändern wollen, um Klimagerechtigkeit zu



schaffen. Zum Beispiel hat die CO₂-Steuer erhebliche ökonomische Auswirkungen auf Deutschland. Dies würde die Kluft zwischen arm und reich vergrößern. Leider würden dann dadurch manche Familien finanzielle Probleme bekommen. Und am Ende leiden die Kinder am meisten. Die Politik würde den betroffenen Kindern viele Möglichkeiten nehmen. Deswegen fordern wir die Politik dazu auf, die intersektionale Perspektive hervorzuheben und zu berücksichtigen, weil es ohne die intersektionale Perspektive keine Klimagerechtigkeit gibt. Außerdem fordern wir, dass Reichtum in Deutschland endlich fair umverteilt wird. Die 45 reichsten Haushalte besitzen mehr als die ärmere Hälfte der Bevölkerung Deutschlands. Niemand erarbeitet sich hart seine Milliarden, Reichtum wird sich angeeignet, entsteht erst durch die Arbeit anderer, durch Erbe oder durch Spekulation. Um die Folgen der Krise zu meistern, muss der Gesellschaft das zurückgegeben werden, was ihr ohnehin zusteht. All jene zur Kasse zu bitten, die die wirklich wichtige Arbeit machen, und die Gesellschaft durch die Krise tragen, ist keine Option.

Kawa Eibesh (BUNDjugend - Bundesvorstand): Abschließend fordern wir die Anerkennung der Klimaflucht als Asylgrund in Deutschland und in der EU. Bereits heute müssen laut einer Studie von Oxfam im Schnitt 20 Millionen Menschen im globalen Süden ihren Wohnort verlassen aufgrund von klimabedingten Katastrophen. Durch die Folgen der Klimakrise könnten laut der Weltbank bis 2050 bis zu 143 Millionen Menschen auf der Flucht sein. Wir finden, dass die Jugend heute, wir als junge Menschen und auch Kinder und als BUNDjugend, die wir sie auch ein bisschen repräsentieren in dieser Hinsicht, dass die Demokratie in Zukunft in Gefahr sein kann, wenn wir diese Klimakrise und deren Folgen und auch das Asylgesetz, wenn das weiterhin so bleibt und wenn die Menschen perspektivisch kein Recht haben und auch die Klimakrise nicht politisch anerkannt wird und als Asylgrund in das Gesetz aufgenommen wird, wird die Demokratie dann massiv gefährdet in Zukunft, wenn so viele Millionen auf der Flucht sein werden. Denn wir werden vor der Frage stehen, wollen wir diese Menschen bei uns aufnehmen und wollen wir ihnen eine Perspektive geben und unsere

Verantwortung als Deutschland und EU, als europäische Länder für die Kolonialgeschichte, für die Folgen des profitorientierten wirtschaftlichen Handelns übernehmen und auch die Menschenrechte dann hervorheben, wollen wir das machen? Oder wollen wir uns auf der anderen Seite abschotten, wollen wir Menschen rauslassen, wollen wir die EU-Außengrenze weiter dicht machen und ggf. wie einige Menschen im Bundestag oder eine Partei fordert ggf. in Betracht gezogen hat, auch auf Menschen zu schießen. Und dies finden wir als junge Menschen massiv, einen massiven Angriff auf die Menschenrechte und in die Grundrechte und auf die Werte, auf die die EU aufgebaut ist, und sollten jetzt schon darüber nachdenken, wie wir mit so einer Situation umgehen sollen, denn das alles für die Zukunft zu überlassen und jetzt keine Pläne zu machen, wird für uns eine sehr große Herausforderung sein in Zukunft. Und deshalb betonen wir nochmal die Anerkennung der Klimaflucht als Asylgrund in Deutschland und der EU. Vielen Dank.

Vorsitzende: Ganz herzlichen Dank an alle, die sich jetzt zu Wort gemeldet haben und uns vorgetragen haben. Das ist ja jetzt ein sehr breiter Strauß und ein sehr breiter Rundumschlag, den Sie uns hier geliefert haben. Frau Rührich hat die erste Frage an Sie.

Abg. **Susann Rührich** (SPD): Vielen Dank. Sie sind wieder wunderbare Beispiele, dass Demokratie und Engagement auch gerade in Jugendverbänden gelebt und gelernt wird. Als jemand, die selber in einem Jugendverband groß geworden ist, geht mir da das Herz auf. Und ich freue mich, dass meine Kinder jetzt auch in einem Jugendverband hoffentlich bald wieder ins Ferienlager fahren können, weil ich das einfach immer so großartig finde, wieviel Engagement und Herzblut da gelebt wird. Und das habe ich Ihnen sehr angemerkt und deswegen vielen Dank dafür.

Viele der Forderungen, die Sie aufgemacht haben, teilen mindestens mal wir hier vorn wahrscheinlich. Gerade bei der Frage des Wahlalters haben wir hier schon viele auch kontroverse Debatten geführt. Und nicht zwischen



denen, die jetzt gerade hier wahrscheinlich sitzen. Aber ich würde sogar noch eins draufsetzen, wir hatten auch mal eine Anhörung hier in der Kinderkommission, wo die Frage gestellt wurde, dass ja eigentlich jedes Wahlalter willkürlich ist und warum man's nicht einfach an der, an dem Willen derjenigen fest macht, die gerne wählen möchten und dafür Möglichkeiten schafft. Dafür habe ich immer noch große Sympathien, aber wir würden mit einer Senkung wahrscheinlich zumindest in die richtige Richtung gehen. Aber das wollte ich vielleicht nur kurz einleitend sagen.

Mit besten Grüßen nach Hause, nach Dresden zu Frau Gärtner hätte ich da eine Frage hin. Wir haben ja auch schon mit der UNICEF-Gruppe viel Kontakt gehabt. Sie und auch Frau Hassel haben beschrieben, dass Sie gehört werden möchten, Ihre Stimme gehört werden soll und Sie Räume dafür haben möchten. Wir sind uns ja sicher einig, dass das jetzt ja noch kein Selbstzweck ist, sondern dass daraus dann auch Wirksamkeit sich entfalten soll. Und da würde ich jetzt so ein bisschen genauer fragen, in dem Engagement, was Sie einbringen auch vor Ort in den Kommunen oder in der Schule, in den Einrichtungen, wo Sie unterwegs sind, woran würden Sie denn festmachen, dass Ihr Engagement auch gewirkt hat und mit welchem Gehörtsein würden Sie denn sagen, sind Sie dann auch zufrieden oder haben den Eindruck, dass das Engagement auch tatsächlich zu einer Veränderung geführt hat? Weil sonst kann es ja, um es mal ein bisschen drastisch zu sagen, auch zu einer Frustration und ein bisschen teilnehmenden Veralberung führen, wenn man zwar einen Raum zur Verfügung gestellt hat, wo man was sagen darf, aber das dann eher eine Beschäftigung ist und nichts daraus folgt. Deswegen würde ich gerade, weil Sie auch die kommunalen Projekte so beschrieben haben und das, was Sie vor Ort machen, mal die Frage Richtung nach Dresden zu Frau Gärtner und zu Frau Hassel von UNICEF stellen. Danke.

Martha Gärtner (UNICEF): Ja, auf jeden Fall vielen Dank für die Frage und für Ihre Worte. Ich habe ja auch angesprochen, dass wir wollen, dass uns eine Bühne geboten wird und dass damit ja auch einhergeht, dass wir gehört werden. Und

was ich finde, was auf jeden Fall schon mal ein erster Schritt ist, der beweist, dass unsere Argumente ernstgenommen werden, ist, wenn die Argumente und Forderungen, die eben Kinder und Jugendliche anbringen, dann von Erwachsenen auch in einem anderen Kontext wieder aufgenommen und wiederholt werden. Genau, dass das sozusagen, ja, wieder aufgegriffen wird, was wir sagen und, genau, dass sozusagen einmal diese Möglichkeit besteht, dass wir auch öffentlich zu Wort kommen, eben wie z. B. jetzt irgendwie, dass wir auch bei Debatten im Bundestag reden dürfen oder was ich finde, was das auch immer zeigt, im Fernsehen. Und weil Sie auch das kommunale angesprochen haben, was ich finde, was das dann natürlich auch zeigt, wenn Politiker und Politikerinnen auch kommunal nachfragen, was sich Kinder und Jugendliche wünschen, das kann dann ja auch z. B. in die Richtung gehen. Wir brauchen gerade auf den Schulwegen irgendwie an der und der Stelle mehr Fahrradwege, die gebaut werden, weil es ja auch irgendwie den Umweltschutz betrifft und daher auch Kindern und Jugendlichen Sicherheit bietet, weil man dann ja auch lieber mit dem Fahrrad zur Schule fährt, wenn da diese Sicherheit gegeben ist. Genau, so würde ich das auf das kommunale Engagement auch richten.

Vorsitzende: Möchte Frau Hassel noch? Ja, sicher, Frau Hassel, gerne.

Susanne Hassel (UNICEF): Nur, wenn ich da eine ganz kurze Ergänzung mache. Martha Gärtner hat das, glaube ich, schon sehr gut gesagt, vielleicht nochmal auf nationaler Perspektive, was das natürlich sehr gut die lokalen Strukturen widerspiegelt, immer das Zusammenspiel auch zu haben, zuzuhören, Räume zu schaffen, aber dann auch etwas damit zu tun. Ich glaube, das ist dann garantiert natürlich nicht die gewünschte Veränderung. Das kennen Sie ja auch bestens im politischen Rahmen. Aber zumindest die Strukturen zu haben, die Mechanismen, die dafür sorgen, dass das eben dann auch in Erwägung gezogen wird, dass man gemeinsam gestaltet, gerade wenn es um politische Veränderungen geht, Strukturen zu schaffen, beispielsweise eine Kommission auch auf Bundesebene, wo wirklich Lösungen, die auch vorgeschlagen werden und



Meinungen, die gesagt werden, ernstgenommen werden und wirklich mit einbezogen werden können. Deshalb ist, glaube ich, immer das Zusammenspiel Engagement und ausreichend Förderung des Engagement, wenn es beispielsweise um eine Klimaschutzpolitik auch geht, zu sagen, wir können junge Menschen anhören, wir können es aber auch wirklich gemeinsam kreieren und entwickeln. Und das ist, glaube ich, was da immer sehr sehr wichtig ist, um wirklich Wirkung zu entfalten.

Vorsitzende: Vielen Dank. Ich sehe jetzt im Moment keine weitere Frage, dann darf ich. Und zwar interessiert mich immer besonders, wie sind Sie zu der Organisation, in der Sie jetzt sind, gekommen? Also was war der Auslöser, der Anlass? Und wie „bewerben“ Sie Ihre Organisation, also wie schaffen Sie es, andere Kinder, Jugendliche auch dafür zu begeistern? Also wie machen Sie das? Und vor allen Dingen an die Pfadfinderinnen dann nochmal die Frage, was hat Sie dazu bewegt, jetzt einer reinen Mädchen- und Frauengruppe sich zuzuordnen? Es gibt ja auch viele PfadfinderInnen-Gruppen, die gemischt geschlechtlich sind. Das würde mich interessieren und was Sie da als besonderen Wert einer reinen Mädchen- und Frauengruppe sehen? Und nochmal zu den Pfadfinderinnen, als ich in meiner AG FSFJ erzählt habe – ich muss immer berichten über die Kinderkommission – und dann gesagt habe, dass ich mich so freue, dass wir diese Anhörung also nur mit jungen Menschen besetzen und u. a. auch mit den Pfadfinderinnen, dann war also mehr als eine Kollegin dabei, die sofort gesagt hat, war ich auch, war ja selber auch mal bei den Pfadfindern. Ja, also das scheint dann doch also vielleicht auch für eine politische Laufbahn, die Jugendarbeit in frühen Jahren auch bei den Pfadfinderinnen und anderen Organisationen ...

Abg. **Susann Rüttrich** (SPD): Falken gehen aber auch ...

Vorsitzende: Ja, natürlich, sicher, ich sage ja gerade, alle Jugendorganisationen, aber das ist mir dann dabei doch aufgefallen, dass doch viele von uns auch aus diesen Zusammenhängen kommen. Das scheint ja dann doch eine prägende Wirkung

zu haben, und das ist dann vielleicht auch der Verdienst der Organisation, die Kinder und Jugendlichen eben so früh einbinden können und dieses Interesse auch dafür wecken können. Aber jetzt nochmal zurück zu der Frage, machen wir es reihum, ich frag dann erstmal Frau Menk.

Celina Menk (Pfadfinderinnenschaft St. Georg, Diözesanverband Münster, Diözesanvorsitzende): Eigentlich würde ich auch ganz gerne da anknüpfen, was Sie gesagt haben, denn ich glaube, dass die Tatsache, dass wir eben auch die ganze Kindermitbestimmung mit einbeziehen, dass wir Demokratie leben und die Kinder dann auch merken, hier bin ich was wert, hier werde ich gehört. Und das war auch ein Grund, warum ich seit ungefähr 11 oder 12 Jahren bei den Pfadfindern bin, dass ich eben genau die Person sein kann, die ich eben bin. Und das finde ich in einer reinen Frauen- und Mädchengruppe nochmal stärker vertreten, dass man in diesem Schutzraum, in dem man dann ist, auch über Dinge sprechen kann, die einem sonst vielleicht auch schwerer fallen und sich da einfach nochmal besser aufgefangen fühlen kann. Also viele bei uns finden in den Ortsverbänden dadurch zu uns, dass es einfach nichts anderes gibt außer uns, und die Messdiener, jetzt mal ganz ehrlich gesagt. Aber man muss sich ja dann auch irgendwann entscheiden, ob man bleibt. Und viele sagen, ich fühl mich hier wohl, hier darf ich die sein, die ich auch bin. Und das sagen mir auch viele Mädchen und junge Frauen, auch zwischen 6 und 16 Jahren. Das wäre ungefähr unsere Altersspanne. Und wenn man dann mit denen irgendwie in Irland komplett nass auf einem Hügel sitzt und alle sich trotzdem freuen, dass sie die Erfahrung machen konnten, finde ich das irgendwie sehr schön, also auch diese Wertschätzung dahinter.

Vorsitzende: Frau Schneider, möchten Sie?

Janett Schneider (Pfadfinderinnenschaft St. Georg, Diözesanverband Münster, Referat Nachhaltigkeit): Ja, sehr gerne. Celina, ich finde, du hast schon wirklich viele wichtige Dinge gerade genannt und ich möchte das eigentlich nur unterstützen. Wie ich selber zur PSG gekommen



bin, ist ähnlich wie das Beispiel gerade von Celina. Es gab bei uns in der Gemeinde einen Zeitungsartikel, dass die PSG vor Ort wieder eine neue Gruppe gründet. Es war in meiner Heimatgemeinde, meine Eltern haben es gelesen und gedacht, das hört sich doch gut an. Es gab noch ein paar Freundinnen, die mitgekommen sind kurz vor der Kommunion. So ging das Ganze dann vonstatten. Und dann ist es eben so, ich war ungefähr 8 Jahre alt, und Spiel, Spaß und Spannung stand an erster Stelle. Es war einfach immer wieder super, sich jede Woche zu treffen mit den Mädchen und ganz viel zu spielen, ganz viel Gemeinschaftserfahrung machen zu können. Und irgendwann kommt man an den Punkt, wie Celina das gerade nannte, wo man überlegt, ja, Mensch, warum bin ich denn eigentlich Pfadfinderin, warum bin ich bei der PSG? Was hält mich hier und möchte ich das eigentlich weiter so bestärken und weiterhin Mitglied bleiben? Und da ist es so, dass man sich Gedanken macht, warum denn eigentlich ein Mädchen- und Frauenverband? Und ich hab's in der PSG immer wieder kennengelernt, wie sehr wir uns eben für die Belange von Mädchen und Frauen einsetzen, sowohl in der Kirche, auch dort kommt es immer wieder zum Thema, wie können Mädchen und Frauen in der Kirche gestärkt werden, wie auch in der Politik? Und ich fand's immer wieder spannend, mich da einzubringen, meine Ideen voranzutragen. Und ja, somit bin ich jetzt schon seit vielen Jahren auch dabei. Ja, in dem Sinne ist auch das unsere Motivation bei den Kindern, bei neuen Mitgliedern. Also erstmal Spiel, Spaß, Spannung, ganz viel gemeinsam erleben, und was immer wieder auch genannt wird, auch bei den Eltern, ist, dass es in der PSG oder auch in anderen Jugendverbänden absolut keinen Leistungsdruck gibt. Also das ist etwas, was die Kinder sehr vorantreibt, wirklich selbst motiviert, aktiv sein zu können und nicht wie in anderen, ich sage mal, wenn man ein Instrument lernt oder vielleicht in einem Sportverein ist, man hat immer diesen Leistungsdruck im Nacken sitzen, und wenn man in einem Jugendverband tätig ist, dann steht einfach was ganz anderes im Vordergrund, und das finde ich weiterhin sehr positiv.

Vorsitzende: Vielen Dank für Ihre Antwort. Und ich würde dann die Frage nochmal an Frau

Gärtner weitergeben, die uns auch per Video zugeschaltet ist.

Martha Gärtner (UNICEF): Also jetzt die Frage, wie ich zu UNICEF gekommen bin? Vor drei Jahren ungefähr war ich auf der Suche nach einem Praktikumsplatz und hatte einfach Lust, irgendwie sowas in so eine entwicklungspolitische Richtung zu machen, weil mich das sehr interessiert hat und weil man ja irgendwie das ganz oft in den Nachrichten liest, was es für Probleme gibt. Und ich habe ja dadurch irgendwie ein Ungerechtigkeitsempfinden, wenn man einfach sieht, wie schlecht es Kindern in vielen anderen Teilen der Welt geht. Dann bin ich einfach durch die Internetsuche auf die UNICEF-Juniorteams aufmerksam geworden und finde, dass das eine sehr schöne Möglichkeit ist, dass man wirklich vor Ort und im kleinen Rahmen anfangen kann, sich zu engagieren und auf die Themen aufmerksam zu machen, die einen irgendwie beschäftigen. Und dadurch hat man ja dann auch vielmehr angefangen, sich mit Kinderrechten auseinanderzusetzen und damit auch auseinanderzusetzen, was Kinderrechte denn dann bewirken können, wenn sie wirklich umgesetzt werden. Da war meine Motivation einfach dahinter, dass ich irgendwie selber so einen Beitrag leisten will oder schauen kann, was ich schon hier tun kann, ohne irgendwie ein großes Amt bekleiden zu müssen, sondern was ich einfach tun kann, um auf die Probleme aufmerksam zu machen.

Vorsitzende: Vielen Dank, Frau Gärtner. Und dann würde ich hier in den Saal mal gehen und Frau Herberholz als nächste fragen.

Anna Herberholz (BUNDjugend NRW): Ich hab in der Schule immer sehr gerne Debatten geführt und sehr viel mit anderen über politische Gesetze, über Rechtslagen oder so, da hab ich immer sehr viel dazu mit anderen diskutiert und hatte dann aber nicht die Möglichkeit, wirklich andere inspirierte, genauso engagierte Leute zu finden, die auch gerne Debatten führen. Und dann hat mich meine Lehrerin an das Staatsstipendium verwiesen, und das hab ich dann auch bekommen. Und vom Staatsstipendium, das ist



halt ein Stipendium zur politischen Förderung und natürlich auch für die Schule, dass man dafür auch nochmal finanziert wird. Und da habe ich dann nochmal sozusagen eine Werbung dafür bekommen für die BUNDjugend. Und ich fand das ganz interessant, dass ich dann bei dem Perspective Training war, und da hab ich dann so ein bisschen das Umfeld von der BUNDjugend, die Atmosphäre von der BUNDjugend kennengelernt und ich habe mich noch nie so wohl gefühlt. Ich habe noch nie das Gefühl gehabt, dass jeder mich verstanden hat oder gleiche Erfahrungen gemacht hat wie ich, weil in der BUNDjugend sind viele Personen, die sozusagen auch Migrationsgeschichte haben wie z. B. bei mir. Und dann gibt es z. B. Räume, wo ich einfach mit anderen, die genau das Gleiche erlebt haben wie ich, mit denen ich darüber diskutieren kann, wo ich mich nicht selbst erklären muss. Und ich kann immer selbst entscheiden, in welchen Räumen ich sein möchte, ob ich jetzt in einen offenen Raum sein möchte oder eher in einem anderen Raum sein möchte. Und ich kann immer die Themen und die Sachen ansprechen, die mir gefallen. Das heißt also, wenn ich mehr etwas zu Klimagerechtigkeit machen kann, kann ich an Workshops teilnehmen zu Klimagerechtigkeit oder an Projekten, z. B. das Mastamo-Projekt gibt es – „machen statt motzen“. Man hat halt in der BUNDjugend so viel Raum, seine Persönlichkeit entfalten zu lassen, ob man eher nur Workshop-Teilnehmerin sein möchte oder selber Workshops leiten möchte oder selbst in den Vorstand gehen möchte oder in eine Arbeitsgemeinschaft – jeder hat sozusagen, also jeder findet seinen Platz. Und das finde ich das Tolle an der BUNDjugend und dass es so ein sensibler Raum ist, wo alle Kulturen erfasst werden.

Dann würde ich sagen, wie ich andere inspiriere? Ich glaube, ich rede in meiner Schule sehr viel davon, dass ich mit meinen Mitschülern sehr oft davon rede, was mich bewegt und wie ich in der BUNDjugend, wie ich meine Arbeit leiste sozusagen, wie ich mein Engagement mache, und da bekomme ich auch sehr viel Zustimmung von anderen Mitschülern, weil auch oft in der Schule über Klimaschutz, Umweltschutz geredet wird. Und ich glaube, die BUNDjugend entspricht genau den Vorstellungen der Jugend, weil wir

genau die aktuellen Themen besprechen, aber auch Platz frei haben für Themen, die jetzt sozusagen nicht überall in allen Vereinen besprochen werden. Und damit kann ich, glaube ich, ganz viele ansprechen. Und dann ist natürlich der politische Faktor dabei, wo man dann auch die Chance hat, in der Politik sozusagen etwas zu verändern oder ein Projekt aufzubauen, wo man Aufmerksamkeit darauf bringt. Und ich glaube, da entwickelt man dann schon eine Leidenschaft dafür.

Vorsitzende: Vielen Dank. Herr Eibesh.

Kawa Eibesh (BUNDjugend - Bundesvorstand): Ja, wie ich bereits gesagt habe in meinem Statement, ich bin durch die Multischulung auf die BUNDjugend aufmerksam geworden und hab erst die Schulung mitgemacht und danach, und dadurch, also allein jetzt der Raum, der da geschaffen wurde, dass junge Menschen mit und ohne Fluchtgeschichte zusammen politische Bildungsarbeit machen und für so wichtige Themen, aktuelle Themen so eine Stimme bekommen und selbst so die Möglichkeit, die der Schule oder durch freien Workshop diese Themen anzusprechen, darüber zu diskutieren, fand ich toll und hat mir persönlich auch dann viel geholfen sozusagen, um dann weiter so die politische Bildungsarbeit selbst eigenständig auch zu machen und mit der BUNDjugend. Und dann hab ich irgendwann überlegt, ich könnte auch so ein bisschen einige organisatorische Sachen übernehmen, hab mich dann für den Vorstand zur Wahl gestellt, erst in NRW, jetzt im Bundesvorstand.

Und jetzt zu der Frage, wie können wir Menschen, wie schaffen wir, Menschen bei uns aufzunehmen oder sie zu begeistern? Also wir achten schon sehr darauf, dass – gerade das Thema Umweltschutz und Klimaschutz ist schon eher so ein Thema für Menschen, die aus Akademikerfamilien kommen oder deren Eltern, ein hohes Einkommen haben – es für uns nicht genug ist. Wir müssen, die wir als offene Gesellschaft schon viele Menschen mitnehmen, versuchen dann gezielt bestimmte Angebote, die so niederschwellig sind, die durch Bildungsarbeit, aber auch durch – bald werden



auch so Veranstaltungen gemacht zum Umweltschutz – durch kulturelle Angebote, also durch Tanzen, Theater usw., dass der Raum inklusiver wird und offener, weil uns wichtig ist, wie auch Anna gesagt hat, dass auch Menschen, die Rassismuserfahrung machen, auch mitmachen können, aber auch Menschen, die nicht aus Akademikerfamilien kommen. Und dann achten wir auch darauf, dass es z. B. bei unseren Veranstaltungen fast immer Kinderbetreuung gibt, damit auch junge Mütter, die auch teilnehmen wollen, die Möglichkeit haben. Wir versuchen das schon, kinderfreundlich zu machen und einen offenen Raum zu schaffen.

Vorsitzende: Vielen Dank. Ich hab jetzt eine Frage von Frau Rührich.

Abg. **Susann Rührich** (SPD): Vielen Dank nochmal. Sie haben ja jetzt viel alle von jeweils den innerverbandlichen, ja, Demokratie- und Austauschprozessen, der Bestärkung, die Sie in Ihren Vereinen verwenden, erfahren und auch organisieren gesprochen und leiten daraus auch starke Forderungen ab. Das finde ich natürlich großartig. Ich hätte jetzt noch die Frage, wie Sie auch selbst in Ihrem Engagement damit umgehen, dass auch starke Forderungen ja auch auf starke Gegenwehr oder auch auf Widerspruch treffen können. Also es sind ja jetzt nicht alle Jugendlichen und alle Mädchen bei der katholischen Pfadfinderschaft oder bei der BUNDjugend oder in anderen Organisationen. Da gibt es ja wahrscheinlich Menschen, die Sie a) überzeugen können, weil die sich vorher noch nicht damit beschäftigt haben, aber ja durchaus auch Menschen, die komplett anderer Meinung sind. Vielleicht können Sie da nochmal einen Eindruck davon geben, wie Sie da Ihr Engagement erleben und wie Sie damit umgehen, weil das ja auch zur Stärke von Forderungen beiträgt. Sie müssen ja nicht nur sozusagen Ihre Sprache den Erwachsenen und den Politikerinnen und Politikern gegenüber entfalten und die überzeugen. Das ist natürlich klar, haben wir verstanden, das ist der Wunsch, sondern im Zweifel ja auch sozusagen untereinander die Auseinandersetzung führen. Da würde mich nochmal so Ihr Eindruck, Ihre Einschätzung, Ihr Erleben interessieren.

Vorsitzende: Wir beginnen vielleicht bei Frau Menk.

Celina Menk (Pfadfinderinnenschaft St. Georg, Diözesanverband Münster, Diözesanvorsitzende): Darf ich dazu eine kurze Rückfrage stellen vielleicht, weil ich habe jetzt nicht ganz verstanden, ob Sie meinen, wenn der „Widerstand“ aus dem eigenen Verband kommt oder ob es, wenn es von anderen Verbänden oder anderen Jugendlichen kommt?

Abg. **Susann Rührich** (SPD): Also ich glaube, innerverbandliche Auseinandersetzungen gibt es immer, die sind mir klar. Aber Sie haben jetzt für Ihren Verband sozusagen Forderungen gestellt und die mit dem Widerstand, der Ihnen im Zweifel eben auch entgegenkommt aus Ihrer eigenen Generation, die das komplett anders sehen, ob Sie das überhaupt erleben oder wie das sozusagen bei Ihnen ist?

Celina Menk (Pfadfinderinnenschaft St. Georg, Diözesanverband Münster, Diözesanvorsitzende): Ja, also als katholischer Frauen- und Mädchenverband erlebt man durchaus Widerstand – wer hätte das gedacht. Und man muss sich auch immer wieder erklären und sagen, warum das denn überhaupt rechtmäßig ist und zulässig ist und warum dürft ihr das denn überhaupt und so. Und ich, also ich glaube, wir sind alle der Meinung, dass man dann einfach in ein offenes Gespräch geht und auch auf der persönlichen Ebene mal fragt, warum diese Person denn ein Problem mit uns hat? Also weil, eigentlich soll es das ja nicht geben. Und dann, ja, wie reagiert man dann? Ich suche immer das offene Gespräch, versuche, freundlich und gut darauf einzugehen, aber manchmal wird's dann auch ein bisschen schwierig. Wir hatten letztes auf der Bundesebene auch uns nochmal darüber unterhalten. Und durchaus kennen das sehr viele auch von den anderen Diözesen, dass man dann immer wieder auf Widerstand trifft. Aber ich würde sagen, dass wir auch im Bistum in so gut wie jedem Jugendgremium, das auch mit dem BDJ vertreten wird, vorkommen. Und wir sind ein relativ kleiner Verband, sind aber trotzdem überall da und haben eine Stimme und eine



Meinung, und das finde ich dann auch sehr wichtig.

Janett Schneider (Pfadfinderinnenschaft St. Georg, Diözesanverband Münster, Referat Nachhaltigkeit): Danke für deine Worte, auch dem kann ich wieder zustimmen. Man trifft immer wieder auf Widerstand, auch zum Thema ökofaire Nachhaltigkeit. Selbstverständlich treffen wir auf Widerstand, wie vorhin berichtet. Wir haben 16 Kriterien aufgestellt, wo wir u. a. festlegen, dass es auf unseren Veranstaltungen auf Diözesanebene vegetarisches oder veganes Essen geben soll. Dieses Thema ist ja oft ein sehr emotionales Thema. Ja, wir haben es aber mit den Kindern und Jugendlichen und jungen Erwachsenen in unserem Verein oder Verband so erarbeitet und wollten es sozusagen einfach ausprobieren, mal anfangen damit, denn wer irgendwie was neues nicht wagt, der gewinnt ja auch nicht. Und wir stellen eigentlich das immer wieder fest, wenn man das einfach offen mit den Menschen kommuniziert und dann ganz mutig voranschreitet und sagt, wir haben da unsere guten Erfahrungen mit gemacht. Dann wird der Widerstand langsam auch weniger. Also ganz viel Transparenz ist immer wieder wichtig, ganz viel erklären und wie Celina gerade sagte, in offene Gespräche gehen.

Vorsitzende: Vielen Dank. Dann würde ich die Frage jetzt an Frau Gärtner geben.

Martha Gärtner (UNICEF): Ich muss tatsächlich sagen, dass ich persönlich jetzt nicht so viel Widerstand erlebe, weil ich es eher so wahrnehme, dass man sich dann schnell auch in so einer engagierten Blase aus Gleichgesinnten aufhält, wo einfach man dann in so einem Kreis ist, wo viele Leute die gleiche Meinung und die gleichen Werte und Einstellungen teilen und man sich dadurch eher so im Positiven immer wieder irgendwie antreibt. Was ich eher erlebe als direkten Widerstand ist das, was ich ja auch in meinem Statement schon angesprochen habe, dass dieses Engagement halt so belächelt wird und so abgetan wird als, „ach ja, das ist ja ganz nett, was ihr so macht, macht mal weiter“. Aber dass ich finde, dass man da eher irgendwie diese

Überzeugungsarbeit dann leisten muss, dass man wirklich betont, dass das nicht nur ganz nett, sondern auch wirklich wichtig ist, was wir tun, und dass die Umsetzung von Kinderrechten z. B. wirklich dann einen Mehrwert in der Praxis für Kinder und Jugendliche hat und dass man da eher ganz gut einfach diese Sinnhaftigkeit und Bedeutung von unserem Engagement erklären und betonen kann.

Vorsitzende: Danke sehr. Frau Herberholz.

Anna Herberholz (BUNDjugend NRW): Also ich glaube, es ist oft, wenn ich auf Widerstand treffe, weil in meiner Schule oder in meinem anderen Umfeld habe ich nicht sehr viel Leute, die sich engagieren. Und da ist es halt sehr oft so, dass das eher von den Personen kommt, die dann in den Punkten sehr privilegiert sind und noch nie eine andere Perspektive wahrgenommen haben. Und dann versuche ich natürlich einfühlmäßig meine Perspektive darzustellen, mein Problem darzustellen und also warum das dann halt meine Forderungen sind, und natürlich kommt das dann natürlich wieder auf die Reaktion an. Aber wenn ich dann merke, dass da keine Veränderung stattfindet oder so, dann weiß ich einfach, dass ich gegen eine Wand ankämpfe. Und dann muss ich es natürlich auch sein lassen, weil ich dadurch mich nur selbst verletzen würde.

Also es kommt immer darauf an, wie man mit den Personen umgeht. Wenn man miteinander mit Respekt umgeht und versucht wirklich, die Meinung darzustellen oder so, dann kommt man auch oft auf Kompromisse, finde ich. Aber wenn man wirklich eine Person oder einen Verein von ihrem Standpunkt sehr überzeugt sind und sich da auch nicht eine andere Perspektive anhören, dann ist es natürlich nutzlos.

Vorsitzende: Herr Eibesh.

Kawa Eibesh (BUNDjugend - Bundesvorstand): Ja, ich würde nur kurz was ergänzen. Also ich glaube, Anna hat so das meiste gesagt, aber wir haben schon die Situation, also wir finden schon Streit an sich und die Konflikte, wir scheuen uns



nicht davor, wir finden das gut und wichtig in einer offenen Gesellschaft und einer Demokratie. Aber was bei uns eine Grenze ist, und ich glaube, das sollte es auch theoretisch auch für die Gesellschaft sein, dass wenn z. B. menschenverachtende Aussagen und Ideologien als eine Meinung verkauft werden wollen oder versucht wird, dann ist bei uns die Grenze erreicht. Leider sehen wir, dass immer wieder manchmal in den Bundestagsdebatten, Generaldebatten solche Aussagen, menschenverachtende Aussagen, rassistische, sexistische Aussagen getroffen werden. Und das ist für uns so ein Punkt, wo wir nicht diskutieren können und nicht diskutieren wollen, sondern im Rahmen der offenen Gesellschaft, der Meinungsverschiedenheit, Meinungsfreiheit sind wir immer bereit, auch Kompromisse zu finden, das gehört dazu.

Vorsitzende: Vielen Dank, Herr Eibesh. Frau Menk, Sie noch.

Celina Menk (Pfadfinderinnenschaft St. Georg, Diözesanverband Münster, Diözesanvorsitzende): Ich wollte eigentlich nur Frau Gärtner einen großen Zuspruch widmen, da ich irgendwie das auch sehr oft mitbekomme, auch wie Frau Herberholz gerade schon gesagt hat, wenn andere Menschen nicht in Verbänden aktiv sind, dass man dann sehr belächelt wird und gefragt wird, warum tust du das überhaupt und was meinst du denn, was das bringt? Und ich finde das ziemlich paradox, weil wir ja die Kinder und damit die Erwachsenen von morgen emanzipieren und wir dafür sorgen, dass die außerschulische Bildung erlangen. Also das spricht ja für alle drei Verbände, die hier gerade anwesend sind. Und dann finde ich das immer ziemlich komisch, dass man belächelt wird, weil man mündige, selbstdenkende Menschen von morgen eigentlich nur bilden möchte. Und in der Schule hinterfragt ja auch niemand, ob das sinnvoll ist, was man da tut. Also, und dann versucht man sogar noch, pädagogisch wertvoll zu machen. Ja, genau, das wollte ich nur ergänzen, dass ich das auch sehr gut kenne mit dem belächelt werden.

Vorsitzende: Vielen herzlichen Dank. Ich muss

ein bisschen auf die Uhr schauen und ich würde fast schon zu einer Abschlussrunde kommen wollen. Und ich würde Ihnen aber vorab gern die Möglichkeit geben, jetzt haben wir Sie viel gefragt und ich würde Ihnen gern die Gelegenheit geben, die hier drei anwesenden Politikerinnen und Politiker eine Frage zu stellen, die Sie an uns hätten und die wir Ihnen hier sofort und vor Ort beantworten können. Wir beginnen mit Frau Herberholz.

Anna Herberholz (BUNDjugend NRW): Wie würden Sie denn Klimaschutz definieren und was wären das für Werte von Klimaschutz? Und was würden Sie auch unter Klimagerechtigkeit definieren? Was ist da Ihre Perspektive?

Vorsitzende: Wer möchte beginnen? Susann.

Abg. **Susann Rührich** (SPD): Naja, also sozusagen für mich ist Klimaschutz natürlich zum einen so, wie Sie es auf der einen Seite bisschen beschrieben haben, das, was man selber schon mal anfangen kann. Damit ändert sich aber strukturell ja noch nix. Also ich selber kann versuchen, meinen Fußabdruck kleiner zu halten. Das wird mir mal gelingen und mal weniger gut gelingen. Die eigentlichen Probleme liegen trotzdem woanders. Und das ist für mich eine Frage, wie man es halt auch organisiert. Einfach nur irgendwie sozusagen sich auf Klimaziele zu einigen, ohne dann auch zu sagen, wie machen wir das jetzt konkret, ist halt schwierig. Und ja, ich komme auch aus einer Region beispielsweise, wo wenige ordentlich tarifgebundene Arbeitsverträge sind, die, die in Braunkohlerevieren sind. Da ist natürlich klar, dass man sozusagen mit den Menschen diskutieren muss, wie sieht denn das sozial und ökologisch aus, und sozusagen so eine Aussage von, na, wir machen einfach zu, ist da irgendwie zu wenig. Von daher ist eine Frage des Organisierens und des Weges beschreiben, der möglichst nicht allzu weit ist. Und deswegen ist also zumindest bei uns so die Diskussion um, wie kann man jetzt Wasserstofftechnologie anders einsetzen, wie kann man jetzt wirklich verbindlich Ziele definieren, die dann auch jedes Jahr per Gesetz eingehalten werden müssen, um



den Weg zu beschreiben. Und auch das wird schwer genug und kostet eine Menge Geld. So, das muss man ja auch immer dazu wissen, und daher kommen vielleicht auch so ein paar Widerstände, die man dann politisch eben auch zu überwinden hat.

Vorsitzende: Vielen Dank, Susann. Norbert, möchtest du dich dazu äußern, was du dir unter Klimaschutz?

Abg. **Norbert Müller** (DIE LINKE.): Das ist so ein bisschen so eine anreizlose Runde, muss ich mal sagen, weil hier zu viel Einigkeit ist. Hier sitzt jetzt einmal rot-rot-grün, die alle aus Jugendverbänden kommen. Ich bin selber über 20 Jahre in einem linken Jugendverband gewesen und ich denke die ganze Zeit, ja, ja, ich sehe es eigentlich auch so. Uns fehlt so ein bisschen die Kontroverse.

Vorsitzende: Ok, gut, dafür habe ich Verständnis, aber das liegt natürlich auch daran, also welche Abgeordneten jetzt heute da sind.

Abg. **Norbert Müller** (DIE LINKE.): Ich bin genauso nahe an Braunkohlregionen dran wie Susann, die Debatten führen wir auch in der Linken exakt genauso.

Vorsitzende: Dann antworte ich mal auf die Frage von Frau Herberholz. Für mich ist Klimaschutz nichts, was man ins Private verschieben kann und man jeder oder jedem individuell allein überlassen sollte, sondern es braucht tatsächlich dazu Regelungen und dass man daran einfach nicht vorbeikommt. Und vorhin hat jemand was Schönes gesagt, ich glaube, es war Frau Gärtner. Umwelt- und Klimaschutz, das ist ja keine Freizeit, es ist keine Freizeitbeschäftigung. Das ist kein Hobby, sondern das ist ernsthaft Zukunftsgestaltung. Und ich finde, dass diese Zukunftsgestaltung natürlich politisch gestaltet werden muss. Aber was Sie auch alle gesagt haben, wir müssen natürlich mitnehmen und natürlich muss es sozial verträglich gestaltet sein. Also das, was dann verlangt wird oder das, was umgesetzt werden soll, also das sehen wir schon.

Aber ohne politische und gesetzliche Regelungen sehe ich nicht, dass es eine Freiwilligkeit gibt, die sich auf alle Bereiche erstreckt, ja auch mit den Problematiken, die ganz zurecht Frau Rührich und Herr Müller angesprochen haben. Da muss man halt schauen, dass man da Ersatz findet bzw. den Menschen etwas anderes anbieten kann und nicht einfach sagt, das machen wir dicht und fertig. Ok. Herr Eibesh, mit Ihrer Frage.

Kawa Eibesh (BUNDjugend - Bundesvorstand): Ich hätte noch eine Frage, und zwar inwiefern beschäftigt sich die Kinderkommission mit Fragen der Zukunft der Demokratie, vor allem jetzt für die Perspektive junger Menschen und Kinder, insbesondere wenn wir jetzt die Schließungstendenzen der Gesellschaft sehen und die Gefahr, die durch den Rechtsextremismus kommt, und dann die Debatten, die dann auch so das Ziel haben, zu Eingriffen in die Menschenrechte zu führen? Also wie gehen Sie damit um und machen Sie sich Gedanken, was das bedeutet für die Zukunft?

Vorsitzende: Da antworte ich ganz kurz drauf. Also damit beschäftigen wir uns natürlich nicht nur in der Kinderkommission, sondern ich glaube, ich kann für die hier anwesenden Abgeordneten sagen, dass wir uns auch in unseren Fraktionen extrem damit beschäftigen und das natürlich für uns eine ganz wichtige Frage ist. Wir als Kinderkommission haben ja nicht die Möglichkeit, in Gesetzgebungsprozesse einzugreifen. Also wir können Stellungnahmen abgeben, wir können Anhörungen durchführen, wir können uns informieren, aber das bleibt ja nicht hier in dem Raum, sondern wir als Abgeordnete nehmen natürlich diese Informationen, die wir hier bekommen, auch mit in unsere, also zumindest in unsere Fraktion und thematisieren auch dort. Und deshalb kann ich also für meine Fraktion sagen, dass natürlich Demokratie, wie entwickelt sich das und wie schützen wir vor allen Dingen unsere Demokratie, weil wir sehen, dass sie nicht einfach geschenkt ist und dass sie nicht einfach immer da ist, sondern dass wir sie wirklich schützen und verteidigen müssen, das haben wir auch heute Morgen im Plenum wieder gesehen und gehört.



Abg. **Susann Rüttrich** (SPD): Also ich bin auch Sprecherin meiner Fraktion der Arbeitsgruppe Strategien gegen Rechtsextremismus und mache die Demokratieförderung und die Demokratieförderprogramme. Wir kämpfen jetzt gerade noch um ein Demokratiefördergesetz, was wir, glaube ich, seit 20 Jahren auf der Agenda haben und irgendwie immer von Programm zu Programm kommen und dass die Daueraufgabe immer noch nicht dauerhaft auch unterlegt ist. Und da sind ja ganz viele, also gerade bei dem Förderprogramm „Demokratie leben“, auch bei „Zusammenhalt durch Teilhabe“ ganz viele auch Kinder- und Jugendverbände, aber auch sonstig Engagierte drin, deren Arbeit wir damit natürlich von der Kommune und der Einrichtung und das Land über bis zum Bund in Modellprojekten unterstützen. Das ist dann eigentlich eine gute Verbindung zwischen sozusagen dem, was man für die Kinder und Jugendlichen und das Engagement und dann für den Zusammenhalt und die offene Gesellschaft bei uns machen kann.

Abg. **Norbert Müller** (DIE LINKE.): Ich komme ja aus Brandenburg. Da hat man eine besondere Beziehung zum Nachbarland Polen, und da sieht man eigentlich ganz deutlich, wie in einem Land, was sich die Demokratie erkämpft hat, die Demokratie freiwillig weggeschmissen wird, jedenfalls in Teilen, und was das für gesellschaftliche Widerstände auslöst. Wir haben auch lange Kontakte gehabt zu polnischen Partnerjugendverbänden, wobei sowas wie eine Linke wie in Deutschland gib es da gar nicht mehr oder nur maximal in größeren Städten und im Teil marginalisiert. Das mag man sich nicht ausrechnen. Und jetzt sehen wir auf einmal innerhalb kürzester Zeit, wie auch in unseren Regionen das dreht. Im Süden des Landes Brandenburg haben wir Dörfer, da ist die AfD bei 40, 50, 60 Prozent. Die sind real hegemonial. Da waren die Nazis auf der Straße, das ohnehin schon, und jetzt ist die AfD das bei Wahlen. Das macht was mit diesen Regionen. Und insofern finde ich das völlig richtig, was Susann Rüttrich sagt. Zivilgesellschaft braucht da Rückendeckung, die braucht da Schützenhilfe. Das hat man lange mit Modellprojekten im Bund gemacht, die werden immer ganz schön stiefmütterlich behandelt.

Wir haben noch nie so viel Geld im Bund gehabt für Demokratieförderung, wie wir sie jetzt haben, und es ist noch nie so schlecht umgesetzt worden. So würde ich sagen, passt das ungefähr zusammen, da geht viel viel mehr. Und das ist nicht nur eine Frage von politischer Auseinandersetzung, sondern eine Frage der gesellschaftlichen Notwendigkeit. Das mag aus Berlin-Mitte alles weit weg vorkommen. Das sieht bei mir auf dem Dorf in der Nähe von Potsdam mit konstant 25 Prozent AfD-Anteil seit 2013 schon ganz anders aus, wenn dann morgens die Radmuttern am Auto gelockert worden sind. Also das sind einfach andere Verhältnisse, und das erleben viele Menschen tagtäglich.

Insofern glaube ich, da spielen die Jugendverbände so eine wichtige Rolle, geht es darum, Demokratie frühzeitig zu erlernen. Was wir im letzten Jahr jetzt gesehen haben, ist das ganze Gegenteil. Also – das ist sehr schade, dass niemand von der anderen Seite des Parlaments da ist – was junge Menschen im letzten Jahr erlebt haben, ist, dass ihre Meinung im Grunde nicht zählt, dass ihre Bedürfnisse keine Rolle spielen und dass sie hinten an zu stehen haben. Das ist richtig Gift für Demokratie gewesen. Das ist bis heute richtig Gift für Demokratie gewesen, und das wird sich rächen, bitter rächen. Und da finde ich, bin ich alles andere als optimistisch. Ich glaube, das was wir als Demokratie heute haben, das ist nicht Gott gegeben und das wird man verteidigen müssen.

Vorsitzende: Vielen Dank, Norbert. Ja, das spiegelt ja das wider, was ich auch gesagt habe. Aber ich möchte nicht ganz so negativ aufhören. Und wir haben es jetzt 16.30 Uhr. Also ich teile deine Befürchtungen, Norbert, aber ich glaube, hier haben wir doch die besten Beispiele dafür sitzen, junge Menschen, die tatsächlich das tun, was sie für die Zukunft für richtig halten und was sie für die Zukunft auch an andere, vor allen Dingen an andere junge Menschen und Kinder weitergeben. Und deshalb bedanke ich mich zum Abschluss der Runde ganz herzlich bei Ihnen, nicht nur dafür, dass Sie hier gewesen sind und hier Ihre Statements abgegeben haben, sich für Fragen zur Verfügung gestellt haben, sondern auch für das Engagement und für das, was Sie in Ihren



Verbänden tun und was Sie für andere Kinder und Jugendliche leisten, weil ich glaube, es ist nicht nur für den Umweltschutz, sondern eben auch für die Demokratie ein ganz wichtiges Verfahren. Und ich bedanke mich, glaube ich, auch im Namen meiner Kollegin und Kollegen, die hier anwesend sind, ganz herzlich bei Ihnen und müsste dann die Anhörung damit beschließen. Herzlichen Dank.

Abg. **Susann Rührich** (SPD): Vielleicht noch abschließend noch, weil du das nicht dazu gesagt hast. Wir nehmen das ja alles in Stellungnahmen und die Forderungen auf, die wir dann gemeinsam, also jetzt nicht mehr ganz nötig im

Konsens, sondern mit einer Zweidrittelmehrheit beschließen müssen. Von daher können Sie dann Ihre Forderungen hoffentlich da drin auch wiederfinden in den Stellungnahmen.

Vorsitzende: Aber ich glaube, das hatte ich schon in unseren Vorbesprechungen immer gesagt. Wir machen ja immer Vorbesprechungen, also immer Videovorbesprechungen, weil man hier nicht so viel Zeit hat. Und in diesen Vorbesprechungen gehe ich da immer drauf ein und sage, diese Stellungnahme wird natürlich auch jeder und jedem, der hier teilgenommen hat, dann zugehen.

Schluss der Sitzung: 16.33 Uhr

Charlotte Schneidewind-Hartnagel, MdB
Vorsitzende